

Die Kohlenfrage im Hilfsdienst-Ausschuß

Der Reichstagsausschuß für das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst hielt am Sonnabend eine Sitzung ab. Man erörterte eingehend die Kohlenfrage im Zusammenhang mit den beabsichtigten Eingriffen in die gesamte Industrie zum Zwecke der Kohlenersparnis. Ein Zentrumsmitglied bemängelte dabei die Schwierigkeiten, die seitens der Eisenbahnen beim Versenden von Rohbraunkohle gemacht werden. Prüfung wurde zugesagt. — Ein fortschrittlicher Redner fragte an, ob das Hindenburg-Programm in bezug auf die Rüstungsindustrie noch aufrecht erhalten werde? Die Frage wurde bejaht. Im übrigen wurden Wünsche nach weiterer Kohlenförderung, event. durch weitere Herausziehung von geeigneten Arbeitern aus dem Heere oder durch erhöhte Heranziehung von Frauen geäußert.

In der weiteren Debatte wurden im Zusammenhang mit der Kohlenfrage Streikfragen, Arbeiterfragen und Ernährungsfragen eingehend behandelt. Zu lebhaften Auseinandersetzungen führte die Erörterung der Ursache bei den Streiks der Bergarbeiter im Ruhrgebiet und besonders im ober-schlesischen Kohlenrevier. Von rechtsstehender Seite wurde die Streikbewegung in Oberschlesien auf Verhegung seitens der Polen und der Gewerkschaften zurückgeführt. Von sozialdemokratischer Seite wurde das entschieden bestritten und namentlich darauf hingewiesen, daß die behördlichen Versammlungsverbote sehr bedenklich seien. Die sozialdemokratischen Mitglieder beschwerten sich auch über vorgekommene Maßregelungen von Ausschußmitgliedern. In Westfalen sei die Erregung unter den Bergarbeitern wegen der ungeheuren Gemüsepreise, die sie nicht mehr bezahlen könnten, sehr groß. Um die Höchstpreise kümmerne sich dort kein Mensch.

General Groener gab die schlechten Verhältnisse auf dem Gemüsemarkt zu und erklärte, daß alles geschehen solle, was möglich sei. Auch sonst sei das Kriegsamt bestrebt, ein Zusammenarbeiten der Bergwerksbesitzer mit den Gewerkschaften zu ermöglichen. Vor allen Dingen könne er sich dafür verbürgen, daß der Hausbrand sichergestellt werde. Von anderer Seite wurde festgestellt, daß gewisse Industrielle gegen das Hilfsdienstgesetz offenen oder latenten Widerstand leisten.

Im allgemeinen kann gesagt werden, daß die Erörterungen Übereinstimmung zwischen dem Kriegsamt und den Mitgliedern des Hilfsdienstauschusses ergaben.

Nach Erledigung einiger Petitionen war die Sitzung beendet.

Gegen die Reichsstelle für Kohlenversorgung richteten sich die Vorwürfe fast aller Redner der Hamburger Bürgerschaft, deren Beratungen gestern damit endeten, daß der Senat durch einen einstimmig angenommenen Antrag ersucht wurde, bei der Reichsstelle für Kohlenversorgung „erneut und entschieden dahin vorstellig zu werden, daß Hamburg baldmöglichst regelmäßiger mit Feuerungsmaterial beliefert werde als bisher“. Der Sozialdemokrat Winnig geißelte die Geheimnisthämerei, die man mit allem betreibt, was die Kohlenförderung betrifft, während das Ausland genau über unsere Verhältnisse Bescheid weiß. Der Kohlenmangel sei zum guten Teil auf die Praxis der rheinisch-westfälischen Zechen zurückzuführen, die einen großen Teil, ja bis zu 50 v. H. der geförderteten Kohlen zur Benzolbereitung verlesen, obgleich der Armeedienst an Benzol durch 17 große Fabriken anderweitig gedeckt werden könne. Weil hier die Reichsregierung nicht den Mut habe einzugreifen, müsse die Bevölkerung Mangel an Kohlen leiden. Die Preissteigerung der Kohlen von 70 auf 100 v. H. ist unberechtigt. Die Vertretung

Hamburgs in Berlin, insbesondere im Bundesrat, sei für eine Reform reif. — Sogar der Leiter der Kohlenabteilung des hamburgischen Kriegsverorgungsamts beklagte die Missetände, die sich im Winter in der Hamburger Kohlenversorgung gezeigt haben, und meinte, die Hamburger würden einen Teil ihres Grolles gegen das Kriegsverorgungsamt vergessen, wenn sie wüßten, wie sehr sich die Kohlenabteilung bemühte, bei den Reichsstellen die Erkenntnis zu wecken, daß Hamburg, das im Frieden jährlich für 4 Millionen Mark englische Kohlen einführt und $\frac{1}{2}$ seines Bedarfs aus dem Auslande deckt, besser versorgt werden müßte. Langwierige Verhandlungen mit acht verschiedenen preussischen Behörden (!) waren erst nötig, ehe das hamburgische Kriegsverorgungsamt einigermaßen Nomedur schaffen konnte.